

**Antrag 15/I/2023**

**KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP) nachhaltig verbessern!**

- 1 Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maß-
- 2 nahmen für gute Arbeitsbedingungen in der KEP-Branche
- 3 ein:
- 4 • Umgehung von Arbeitsrecht verhindern: Die Aus-
- 5 lagerung von Kurier-, Express- und Paketsendun-
- 6 gen durch Vergabe von Werkverträgen an Sub-
- 7 Unternehmen muss gesetzlich verboten werden.
- 8 • Kontrollen stärken: Der gesetzliche Rahmen und
- 9 die Ausstattung für regelmäßige Kontrollen von
- 10 Arbeitsschutz-Regelungen in der Branche müssen
- 11 verbessert werden.
- 12 • Belastung der Beschäftigten senken: Besonders
- 13 schwere Sendungen müssen einer Kennzeich-
- 14 nungspflicht unterliegen und dürfen ab einem
- 15 Gewicht von 20 Kilogramm nicht an eine einzelne
- 16 Lieferperson übergeben werden.

17

18

**19 Begründung**

20 Die Auslagerung von Kurier-, Express- und Paketsendun-

21 gen durch die Vergabe von Werk-Verträgen an kleine Sub-

22 Unternehmen mit ca. 15 - 40 Beschäftigten hat sich zu

23 einem System entwickelt, mit der Versandhändler bzw.

24 Logistik-Unternehmen wie Amazon systematisch Verant-

25 wortung für ihre Beschäftigten umgehen und gelten-

26 des Arbeitsrecht untergraben. Obwohl die Lieferantinnen

27 und Lieferanten mit Autos, Kleidung, Wegeleitung

28 und Arbeitsanweisungen dieser Unternehmen ausgestattet

29 werden, erfolgt ihre Anstellung und Bezahlung über

30 unzählige kleine Sub-Unternehmen. Ziel dieser Struktur

31 ist es, Verantwortung für die Arbeitnehmer\*innen abzu-

32 geben, Kontrollen zu erschweren sowie Mitbestimmung

33 und Tarifbindung der Beschäftigten zu umgehen.

34

35 Die SPD spricht sich dafür aus, eine gesetzliche Grund-

36 lage für ein Verbot von Sub-Unternehmen mit Werks-

37 vertragsvergabe in der KEP-Branche zu schaffen. Ana-

38 log zum gesetzlichen Ausschluss für die Fleischwirt-

39 schaft im Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten

40 in der Fleischwirtschaft (GSA) muss der systematischen

41 Umgehung von Arbeitnehmer\*innen-Rechten durch Sub-

42 Unternehmensstrukturen in der KEP-Branche Einhalt ge-

43 boten werden. Darüber hinaus müssen die Kontrollen von

44 geltendem Arbeitsschutzrecht in dieser Branche gestärkt

45 werden und die Schutzregelungen insbesondere im Hin-

46 blick auf das Gewicht der Sendungen ausgeweitet wer-

47 den.